67. Jahrgang. № 500

Donnerstag, 30. November 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Für Feinschmecker
Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich ℳ 225,—. Einzelnummer ℳ 15,—, Sonntagsausgabe ℳ 20,—. | Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile ℳ 35,—, außerhalb Sachsens ℳ 45,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts ℳ 30,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 15.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: 14026, 14034, 14035 — Kommanditgesellschaft 12 Schreibergasse 12 — Fernsprecher: Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Kakao
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu Gebrüder **Roettig,** Dresden-A. Prager Straße 23

England und die französischen Drohungen.

Ministerkonferenz der Alliierten in London.

Der erste Erfolg der französischen Drohungen.

Paris, 29. Nov. Poincaré hat heute Bonar Law mitgeteilt, daß er geneigt sei, in der nächsten Woche nach London zu kommen, um sich mit den Premierministern von England, Italien und Belgien über die Fragen, die mit der Brüsseler Konferenz in Zusammenhang stehen, zu beraten. (W. T. B.)

London, 29. Nov. „Daily Telegraph" berichtet über einen Besuch des französischen Botschafters St. Aulaire bei Bonar Law: Wenn, wie angenommen werden könne, der Botschafter auch keine formelle Note von Poincaré überreicht habe, so habe er doch dem britischen Premierminister den Wunsch Poincarés nach einer baldigen Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten, sowie nach der Einberufung der Brüsseler Konferenz für einen Zeitpunkt nicht später als zum 15. Dezember d. J. übermittelt. **Bonar Law habe, wie verlautet, seine Bereitschaft ausgedrückt, mit Poincaré und den übrigen alliierten Premierministern zu einem baldigen Zeitpunkte zusammenzutreffen,** habe jedoch gleichzeitig geäußert, daß er London kaum vor Schluß der augenblicklichen parlamentarischen Tagung, also etwa Mitte Dezember, verlassen könne. — „Daily Telegraph" bemerkt: Dies werde Poincaré möglicherweise enttäuschen. Er beabsichtige jedoch, vielleicht statt einer Zusammenkunft in Paris eine solche in London vorzuschlagen. **Es sei zweifelhaft, ob der eingehende Plan für Sanktionen und produktive Pfänder zusammen mit der Forderung nach einer riesigen internationalen Anleihe und einer französischen Separataktion im Ruhrgebiete als Alternative einen günstigen Eindruck in England gemacht habe. Die Anleihe in dem Umfange, wie sie verlangt werde, werde von allen Geschäftskreisen als ein reines Phantasiegebilde angesehen.** (W. T. B.)

Die englische Presse gegen die Gewaltpläne.

London, 29. Nov. Die heutige Morgenpresse befaßt sich eingehend mit den Berichten der französischen Presse über die am Montag abgehaltene Elysee-Konferenz. Die erneute französische Drohung mit Zwangsmaßnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt wird als ein Fehler bezeichnet. „Daily Chronicle" schreibt: Entweder bedeutet dies nur Säbelgerassel oder es sei das Vorspiel der Auffassung

eines endgültigen Planes, die Grenzen des Versailler Vertrages umzustoßen und Deutschland zum Opfer des französischen Militarismus zu machen.

In dieser Lage würde die englische öffentliche Meinung der augenblicklichen und jeder anderen Regierung nicht erlauben, weiterhin mit Frankreich zusammen zu handeln.

„Westminster Gazette" schreibt: Die britische Regierung werde gezwungen sein, festzustellen, daß, wenn Frankreich allein in der geplanten Richtung handeln sollte, es dies ohne Mitwirkung Englands tun würde.

Die „Times" bezeichnet die Berichte der französischen Presse über die Elysee-Konferenz als aufsehenerregend und wünscht eine umfassendere und bestimmtere Zurückweisung, als dies durch das gestrige offiziöse französische Communiqué geschehen sei. Wahrscheinlich seien zahlreiche der besonderen Maßnahmen gegen Deutschland, wie sie in der französischen Presse dargelegt worden seien, auf der Konferenz zur Erörterung gekommen. Durch eine vielleicht absichtliche Indiskretion sei etwas darüber in die Oeffentlichkeit gekommen. (W. T. B.)

Vergebliche Verschleierungsversuche der französischen Raublust.

Paris, 29. Nov. Trotz des amtlichen Dementis, in dem man sich bemüht, die Beratung im Elysee über die gegen Deutschland zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen als harmlose Studien hinzustellen, schreibt die Morgenpresse, vor allem das „Journal", daß es sich um einen **Faustschlag auf den Tisch** gehandelt hätte, der nicht nur gegen die neue deutsche Regierung, sondern auch gegen die belgische Regierung gerichtet wäre. Man müsse zugeben, daß die Zusammenkunft mit Theunis und Jaspar in der vorigen Woche nicht mit dem Abkommen geendet habe, das man erwartet hatte. Die belgischen Minister schienen zum Schluß sich den Ratschlägen der neutralen Finanzleute anzuschließen, die den Betrag der deutschen Schuld auf eine Summe herabsetzen wollten, die Frankreich nicht zulassen könne, und die auch Deutschland während mehrerer Jahre von jeglicher Zahlung befreien wollten. (W. T. B.)

Paris, 29. Nov. Zur gestrigen Beratung im Elysee schreibt das „Echo National": Das gestrige **Dementi dementiere nichts.** Wenn in den Zeitungen erzählt werde, daß unrichtige Informationen mit unterlaufen seien, so sei das nicht weiter überraschend angesichts des Umstandes, daß einige Blätter übermäßig viele Einzelheiten hinsichtlich der gegen Deutschland geplanten Maßnahmen gebracht hätten. Aber es liege auf der Hand, daß das offiziöse Dementi nur Einzelheiten im Auge habe, dagegen **nicht die Sache selbst, die sich nicht abstreiten lasse.**

Nach vielen Anzeichen sollten die Pfänder nicht rechts des Rheins, sondern auf dem linken Rheinufer mit Beschlag belegt werden. Aus diesem Grunde wohnte der Konferenz vom Montag der Oberkommissar in den Rheinlanden, Tirard, bei. Die preußischen und die bayrischen Beamten könnten aufgefordert werden, über den Rhein zurückzugehen.

Der Appell der Rheinlandspresse zu einmütiger Abwehr.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Köln, 29. Nov. Die Kölner Blätter wenden sich mit Entschiedenheit gegen die französischen Rheinlandspläne. Die „Kölnische Zeitung" zitiert die von dem neuen Reichskanzler aufgenommenen Worte Rathenaus: Die Regierung wird niemals bereit sein, besetztes deutsches Gebiet, die Rheinlande oder die Pfalz oder das Saargebiet, freizugeben, ihre Befreiung zu gefährden oder auch nur um einen Tag hinausschieben zu lassen. Hierzu bemerkt das Blatt: Das soll ein Wort sein, und wir am Rhein wollen helfen, daß dieses Wort wahr bleibt.

Auch die „Kölnische Volkszeitung", das Organ des Zentrums, erteilt der französischen Politik eine unbedingte Absage. Sie weist die Behauptung der französischen Regierung von einem angeblichen bösen Willen Deutschlands zurück und wendet sich gegen die unwahre Phrase: „Das Rheinland den Rheinländern". Der Artikel schließt mit dem Rufe: **„Deutsche beiderseits des Rheins! Schließt fest die Einheitsfront! Fort mit allem inneren Hader! Wer uns trennen will, soll auf Granit beißen!"**

Kammerphrasen über Frankreichs bedrohte Sicherheit.

Paris, 29. Nov. Die Kammer ging heute zur Besprechung des Heeresbudgets über, bei dessen Bericht **de Lamazière** auch auf die Frage der Abrüstung zurückkam, indem er erklärte, die französische These habe bei den letzten Verhandlungen des Völkerbundes den Sieg davongetragen. Es sei eine geschichtliche und geographische Fatalität, daß **Frankreich als Barriere gegen alle gewalttätigen Versuche zu dienen habe. Frankreich bewache fast allein die Rheingrenze.** Es scheine, daß gegenwärtig alle chauvinistischen Elemente mobilisierten in Italien, England, Polen, Bayern und Preußen, der Türkei und, wie man jetzt sehe, auch in Griechenland.

Der Deputierte **Fabry** erklärte, Frankreichs Sicherheit beruhe auf der Besetzung der Rheinlande, auf der Abrüstung Deutschlands, auf dem Garantie-Abkommen, auf dem Völkerbund. Wo aber stehe man? Reichskanzler Cuno verlange, daß Frankreich soweit wie möglich das Rheinland verlasse. **Die Kommission Nollets stoße auf Mängel an gutem Willen bei Deutschland, das seine industrielle Mobilisierung betreibe, das 500 000 Tonnen Stickstoff anstatt 132 000 Tonnen vor dem Kriege herstelle.** Die Garantiepakt-Abkommen seien nicht unterzeichnet worden. Die französische Militärorganisation sei also die wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Frankreichs. Wenn wir in Berlin eine Finanzkontrollkommission ähnlich der Kommission Nollet organisiert hätten, wären wir vielleicht bezahlt worden.

Der sozialistische Abg. Paule Goncourt bedauerte, daß Frankreich gezwungen sei, 630 000 Mann unter den Waffen zu behalten. Er erklärte aber auch, Frankreichs Sicherheit sei mehr als je prekär. — André Lefèvre erinnerte an die zahlreichen Zwischenfälle, deren „Opfer" die Kontrollkommission in Deutschland geworden sei.

Kriegsminister Maginot erklärte, daß man unmöglich die Sicherheit Frankreichs budgetären Rücksichten opfern könne. **Frankreich habe seine Dienstzeit um die Hälfte und seine militärischen Ausgaben um ein Drittel herabgesetzt. Wie könne man es also des Imperialismus bezichtigen?**

Loucheur als weißer Rabe.

Zürich, 30. Nov. In der Züricher Volkswirtschaftlichen Statistischen Gesellschaft sprach der frühere französische Wiederaufbauminister Loucheur über den Wiederaufbau in Frankreich und das Reparationsproblem. Er befürwortete eine friedliche Politik der Verständigung und des guten Willens und erklärte, daß Frankreich keinen Haß gegen Deutschland hege, sondern nur einen Haß gegen den Krieg. Er wies auf die schädlichen Folgen der Reparationskrise für alle Länder hin und erklärte, daß zur Vermeidung eines völligen wirtschaftlichen Zusammenbruches Deutschlands alle Staaten sich zu gemeinsamer Handlung zusammenfinden müßten im Interesse der bedrohten europäischen Wirtschaft.

In der Kammer aber erklärte derselbe Herr Loucheur: „Das Rheinland den Rheinländern, d. h. ab von Deutschland!"

Dollar (Amtlich): 8375
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8200

Der Kampf um Rhein und Ruhr.

Wir stehen heute nach mehr als anderthalbjährigen unentwegten Erfüllungsversuchen wieder an derselben Stelle wie damals, als es Dr. Wirth unternahm, seine Unterschrift unter das Londoner Wahnsinnsultimatum zu setzen, um Oberschlesien, das Ruhrgebiet und das Rheinland zu retten. Nur mit dem Unterschied, daß heute die französischen Gewaltpläne noch viel grotesker, noch viel brutaler zutage treten als damals, denn heute hält Poincaré die Zeit für gekommen, aufs ganze zu gehen, die Rheinlande für immer zu „beschlagnahmen", sie durch französische Beamte in das französische Wirtschafts- und Staatsgebiet überzuleiten und durch Besetzung des Ruhrgebietes die deutsche Wirtschaft von ihrem einzigen Energiezentrum abzuschnüren. Und das heute einem Deutschland gegenüber, das nicht mehr 60 Mk. für einen Dollar zahlt, wie im Jahre 1921, sondern das infolge der Zerrüttung seiner Währung, der Verelendung und Auszehrung seines Volkes ohnehin vor dem Ruin seiner Wirtschaft steht. Mit ihrem neuen „Aktionsplan" hat die französische Regierung ihren Willen zum Ausdruck gebracht, nicht nur ihre bisherige Reparationspolitik, sondern den Hauptleitsatz ihrer ganzen Politik seit Jahrhunderten mit eiserner Festigkeit bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Friedrich v. Böttticher hat es in einer sehr beachtens- und lesenswerten Schrift: „Frankreich, der Kampf um den Rhein und die Weltherrschaft" (Verlag von K. F. Koehler, Leipzig) unternommen, dieses Endziel Frankreichs, durch Ausdehnung der französischen Herrschaft bis zum Rhein und damit Zerschlagung jeder deutschen staatlichen Geltung, an der Hand der Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart darzulegen und zu zeigen, wie auch Foch nur der Exponent dieser französischen Politik ist, wenn er in seiner Denkschriften zum Versailler Vertrag sagt: „Ob die Bevölkerung am Rhein Deutsche sind oder nicht, die politische Grenze der westeuropäischen Nationen gegen Deutschland ist der Rhein". Ob die französischen Führer sich brutal, wie Poincaré, oder voll Mäßigung und Friedensliebe nach außen zeigen, wie Briand, ist einerlei: Ihre politischen Methoden wechseln, ihre Ziele bleiben gleich. Und wenn man geglaubt hat, in dem bisherigen Zurückschrecken vor der letzten Konsequenz ein Aufdämmern wirtschaftlicher Vernunft zu erblicken, so kann uns folgendes Urteil Friedrichs des Großen belehren, das heute mehr denn je bestätigt wird: „Frankreich überstürzt sich in nichts. Beständig an seinen Absichten festhaltend, erwartet es alles von dem Eintreten günstiger Umstände. Die Eroberungen sollen sich ihm sozusagen auf natürlichem Wege darbieten." Dem deutschen Glauben an die wirtschaftliche Bedingtheit der Menschheit stellt Friedrich v. Böttticher die Erfahrungen der französischen Revolution gegenüber, die trotz weitgehender Vernichtung des Wirtschaftslebens doch vor allem die Kraft rücksichtslosen Eroberungswillens entbunden habe. Und wenn er zu dem Schluß kommt, Frankreich werde heute, wenn es sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinde, gerade diese zum Anlaß nehmen, um wirtschaftlich wertvolle Teile Deutschlands an sich zu reißen oder die deutsche Arbeit sich dienstbar zu machen, so konnte diese Ansicht nicht schlagender bewiesen werden, als durch die neuesten Gewaltpläne, die Frankreich eben der Welt bekanntgegeben hat.

Nur wenn man die neuen französischen Pläne unter diesem großen Gesichtspunkt betrachtet, kann man den ganzen Ernst der Krise ermessen, die seit langem auf uns lastet, die aber jetzt zu furchtbarem Ausbruch zu kommen droht. Das Ziel der französischen Politik ist seit Jahrhunderten wie seit den Tragödien von Compiègne und Versailles dasselbe geblieben, mag auch bei der letzten brutalen Enthüllung dieser Pläne ein gut Teil taktischer Erwägungen und auch Bluff mitgesprochen haben. Und von der Auswirkung dieser taktischen Rücksichten wird es abhängen, ob die französische Regierung heute schon die „günstigen Umstände" für gegeben erachtet, um geradenwegs auf das Endziel loszusteuern. Es ist auch dem Auslande kein Geheimnis mehr, daß Poincarés Herrschaft ins Wanken gekommen ist. Man hat in der Kammer unter dem Einfluß der ganz Radikalen plötzlich bemerkt, daß Deutschland, seitdem Poincaré am Ruder ist, „nichts mehr bezahlt" hat, daß sich das Verhältnis zu England trotz des Sturzes Lloyd Georges kaum merklich verändert hat, daß im Orient das gute Einvernehmen mit den Türken dahin ist, daß der Frank zurückgeht, das Defizit steigt, kurz daß Poincarés Kraftmeiertum doch nichts Greifbares eingebracht hat. Und wenn Poincaré von der Kammer für eine kurze Frist eine Blankovollmacht für die Regelung der beiden wichtigsten Probleme des Orients und der Reparationen erhalten hat, so muß er doch sehr bald mit sichtbaren Erfolgen aufwarten können. Im Orient sind sie angesichts des kritischen Verlaufs von Lausanne nicht zu erwarten. Und so muß sie die Reparationsfrage bieten, die